

Neue Perspektiven für die Region



***Wahlprogramm 2021
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
für die Region Hannover***

Veränderung beginnt hier.

Inhalt

Präambel	2
Klimaschutz	4
Umwelt und Naturschutz	8
Mobilität	12
Wirtschaft	16
Geschlechtergerechtigkeit	20
Demokratie und Vielfalt	24
Gesundheit	28
Frauen-Gesundheit	32
Kinder und Jugendliche	36
Berufsbildende Schulen	40
Leben im Alter	44
Gesundes Essen	48
Wohnen und Bauen	52
Kultur	56
Freizeit	60
Abfallwirtschaft	64

Liebe Wähler*innen,

dieses Wahlprogramm ist anders, weil so vieles anders werden muss. Wir erleben eine Zeit der Krise, der Erschütterungen und Verwirrungen – aber auch eine Zeit neuer Perspektiven und aussichtsreicher Vorhaben. Die notwendigen Veränderungen in vielen gesellschaftlichen Bereichen müssen wir auch auf regionaler Ebene mit einer ökologischen und sozialen Transformation umsetzen.

Das Pariser Klimaschutzabkommen und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom April 2021 zur deutschen Klimapolitik machen deutlich, dass jetzt gehandelt werden muss. Mit unserer Politik wollen wir dazu beitragen, dass die Region Hannover bis spätestens 2035 klimaneutral ist.

Die Klimakrise erfordert innovative Maßnahmen und konsequente Veränderungen in der Energie- und Wärmeerzeugung sowie im Verkehrsbereich. Zugleich muss die rasante Entwicklung digitaler Technologien ökologisch und sozial gestaltet werden. Wir machen uns stark für gemeinwohlorientierte Unternehmen, die klimaneutral arbeiten und die Gesundheit ihrer Beschäftigten schützen. Lernräume zu schaffen, welche die Technik von heute mit pädagogischen Erkenntnissen des Lernens koppeln und allen Jugendlichen Zugang zu Bildung und Partizipation ermöglichen, ist uns ebenfalls ein wichtiges Anliegen.

Mit unserem Wahlprogramm werfen wir einen Blick in die Zukunft. Es ist unsere Vision für die Region Hannover. Wie wollen wir in einigen Jahren leben? Verschiedene Menschen gewähren uns kurze Einblicke in ihr Leben und stellen uns Visionen einer besseren Gesellschaft von Morgen vor. Diese Protagonist*innen des Alltags zeigen uns einen ökologisch vernünftigen und solidarisch gelebten Alltag. Wir wollen diese Visionen Lebensrealität werden lassen.

Daran arbeiten wir, dafür suchen wir eure Zustimmung, dafür erbitten wir eure Stimme – und gern auch eure kritische Mitarbeit.

Die Arbeit der Region hat großen Einfluss auf unseren Alltag. Eingebettet in die kommunale, Landes-, nationale und internationale Politik gestaltet die Region Hannover unser Leben. Wir wollen, dass sie eine grüne Handschrift trägt. Wir wissen, dass Politik, erst recht Regierungspolitik, kein Wunschkonzert ist. Demokratie lebt von Kooperationen, Kompromissen und Koalitionen. Wir sind kompromissbereit und koalitionsfähig und erwarten das von allen demokratischen Parteien.

Unser Wahlprogramm eröffnet den Blick in eine bessere Zukunft der Region Hannover. Für den Weg dorthin, für die Realisierung eines Alltags, der ökologisch vernünftig und sozial gerecht gestaltet ist, brauchen wir eure Zustimmung – durch euer Kreuz auf dem Wahlzettel.

Viel Spaß beim Lesen!



Klimaschutz

Max (43) und Karim (44) begegnen sich am Kanal.

„Max! Du hier?“

„Ja. Ich bin auf dem Weg zu den neuen Windenergieanlagen hinter Sehnde, die heute eingeweiht werden. Ich bin Mitglied der betreibenden genossenschaftlichen Bürgerinitiative.“

„Du bist in einer Energie-Genossenschaft? So was gibt es noch? Vielleicht sind sie bald eine Rarität.“

„Wie meinst Du das?“

„Meine Gemeinde profitiert bereits durch eine besondere Vereinbarung an steuerlichen Einnahmen von Windenergieanlagen. Einige Firmen des nahe liegenden Gewerbegebiets haben mit unserer Gemeinde an einem Strang gezogen, sogar das Schwimmbad wird so finanziert. So haben alle was davon, egal wie groß der einzelne Geldbeutel ist.“

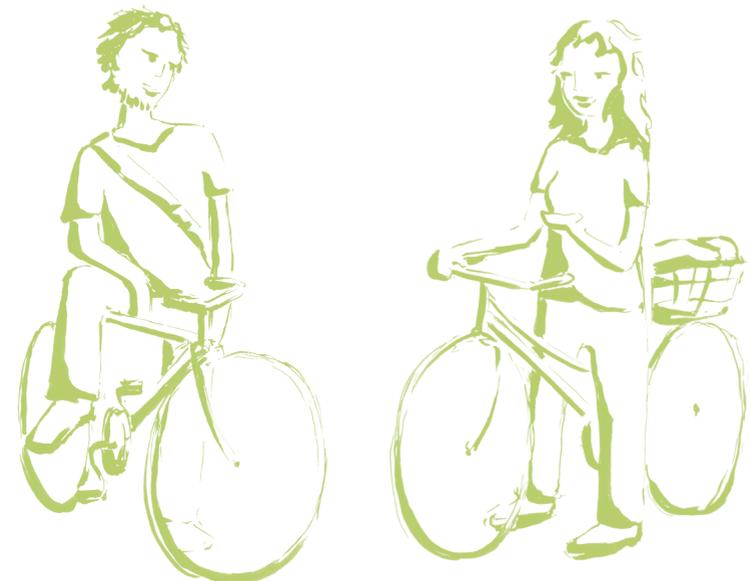
„Klasse! Das Interesse an Erneuerbaren Energien ist wirklich groß. Hast du das gelesen? Die Region Hannover nutzt die günstigen Zinsen und stattet die Dächer aller öffentlichen Gebäude mit Photovoltaik aus. Bürger*innen können sich an einem Fonds zur kommunalen erneuerbaren Energieversorgung beteiligen. Endlich ist es hipp, kommunal Strom zu ernten. Karim, ich muss los – unser Rad dreht sich gleich. Meine Ini ist nächste Woche mit einem Stand auf dem Klimafestival der Region Hannover. Komm doch vorbei!“



Energie- und Wärmewende – flächendeckend und dezentral

Unser Ziel ist die klimaneutrale Region Hannover bis spätestens 2035. Wir wollen das 1,5 Grad-Limit des Pariser Klimaschutzabkommens erreichen. Deshalb muss das Tempo bei der CO₂-Reduzierung deutlich anziehen, wie auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom April 2021 zeigt. In der Region Hannover stellen wir die politischen Weichen für eine deutliche CO₂-Reduzierung. Dazu brauchen wir eine unterstützende Bundesgesetzgebung.

Die höchsten CO₂-Emissionen entstehen in der Industrie. In den privaten Haushalten entstehen die höchsten CO₂-Emissionen bei der Erzeugung von Wärme für Heizung und Warmwasser. Um den CO₂-Ausstoß wirksam zu reduzieren, gewinnen wir Strom aus Erneuerbaren Energien und setzen eine Wärmewende für die gesamte Region um. Die Energie- und Wärmewende wollen wir dezentral herbeiführen.



Das Wärmekataster der Region bietet die Grundlage für die Planung dezentraler Wärmeerzeugung.

Die Instrumente zur klimaneutralen Wärmergewinnung sind Wärmepumpen, Nutzung der überschüssigen Wärme aus Industrieanlagen oder das Pyrolyseverfahren.

Klimaneutrale Blockheizkraftwerke ersetzen das Heizen mit Gas oder Öl.

Pyrolyse ist die Verschmelzung organischer Materialien. Dabei entstehen zwei Produkte: Wärme und Kohle. Mit der Verbrennung der Schwelgase können zwei Drittel der Energie gewonnen werden, die bei der Verbrennung des Ausgangsmaterials gewonnen werden könnten. Das andere Drittel bleibt in der Kohle. Diese kann die Nährstoff- und Wasserspeicherfähigkeit des Bodens verbessern.

Hintergrund: Ein Baum bindet zu Lebzeiten Kohlendioxid aus der Luft und wächst. Verrottet der Baum, gibt er dieses CO₂ auch wieder in die Atmosphäre ab – ein klimaneutraler Kreislauf. Als es noch keine Pilze gab, konnte der Baum hingegen nicht verrotten und wurde zu Kohle – ein CO₂-negativer Prozess, auf dessen Grundlage die für uns lebenswerte Welt entstand. Pyrolyse sehen wir als ein klimapositives Verfahren, welches eine Alternative zur Verbrennung bietet.



Die Solarenergie bietet ebenfalls ein großes Potenzial für die Wärmeerzeugung in der Region. Viele Flächen auf den Dächern und an Gebäuden stehen dafür zur Verfügung. Die Nutzung der Windenergie ist in der Region Hannover bereits stark verbreitet. Auch wenn das Regionale Raumordnungsprogramm weitere Flächen ausweist, reichen diese aber nicht aus, um bis spätestens 2035 klimaneutral zu werden. Daher setzen wir uns auf Landes- und Bundesebene für ein einfaches Repowering von Windanlagen ein.

Ein zentrales, jährlich durchgeführtes Energie-Controlling soll den aktuellen Stand der CO₂-Emissionen ausweisen. Damit können wir die Energie-Effizienz von Maßnahmen überprüfen und gegebenenfalls verändern. Moorschutz stellt ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur CO₂-Reduktion dar.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein,

- konsequent alle Fördermittel für den Klimaschutz auf EU-, Bundes- und Landesebene auszuschöpfen, um die größtmögliche Effizienz für eine CO₂-Reduzierung zu erreichen.
- einen Plan für eine dezentrale Wärmeversorgung in der ganzen Region zu entwickeln.
- den Umstieg auf Erneuerbare Energien im Strom- und Wärmebereich konsequent umzusetzen.
- die Klimaschutzagentur dauerhaft zu fördern.
- den Gebäudebestand in der ganzen Region klimaneutral energetisch zu sanieren und mit PV-Anlagen auszustatten. Zur Umsetzung entwickelt die Region unter Einbeziehung der Klimaschutzagentur ein entsprechendes Konzept und bildet einen Fonds zur Unterstützung der Maßnahme.
- Gebäude als Wertstoffspeicher zu verstehen. Deshalb werden die regionseigenen Gebäude ausschließlich mit recycelten, überwiegend gebrauchten oder nachwachsenden Materialien errichtet, die außerdem voll recycelfähig sind.
- Sanierung grundsätzlich vor Abriss von Gebäuden der Region zu prüfen.
- Freiflächenphotovoltaik auf infrastrukturell vorbelasteten Flächen zu installieren (z. B. entlang Autobahnen, an Straßen, über Parkraum, KFZ-Stellflächen und an Schienen) sowie Balkonkraftwerke (Solarstrom für Mieter) zu fördern.
- die Windenergie in der Region Hannover insbesondere durch Repowering von Windenergieanlagen auszubauen.
- die Akzeptanz für den Ausbau der Windenergie in der Region zu fördern.
- Klimafolgenanpassungsstrategien umzusetzen: Bau von Dämmen, Wassermanagement, Windschneisen, Wasser- und Schattenspendler u.a..

Umwelt und Naturschutz



*Martin ist 52 Jahre alt und in Negenborn in der Gemeinde Wedemark zu Hause. Mit einer Wandergruppe durchquert er das Helstorfer Moor. Als sie einen Vogelruf aus einem Gebüsch hören, rätseln die Teilnehmer*innen, was es sein könnte.*

„Eine Lerche?“ Martin lacht. „Eine Lerche hört sich ganz anders an. Sie singt am frühen Morgen und am Abend, weniger jetzt am Mittag. Das ist eine ganz gewöhnliche Amsel. Aber mit ein wenig Glück können wir noch viel seltenere Arten entdecken.“

Martin ist Ranger in der Hannoverschen Moorgeest. Dazu gehören das Helstorfer, Bissendorfer, Otternhagener und das Schwarze Moor. Martin versteht sich als Vermittler zwischen Natur und Mensch. Er möchte informieren und aufklären, warum es so wichtig ist, den Lebensraum Moor für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten zu schützen und wie das funktioniert.

„Früher wurden die Moore gezielt trockengelegt, um Kulturlächen zu gewinnen. Inzwischen sind die Entwässerungsgräben geschlossen, das Wasser kann wieder versickern. Die Moore werden so ganz allmählich wieder in ihren ursprünglichen Zustand versetzt.“

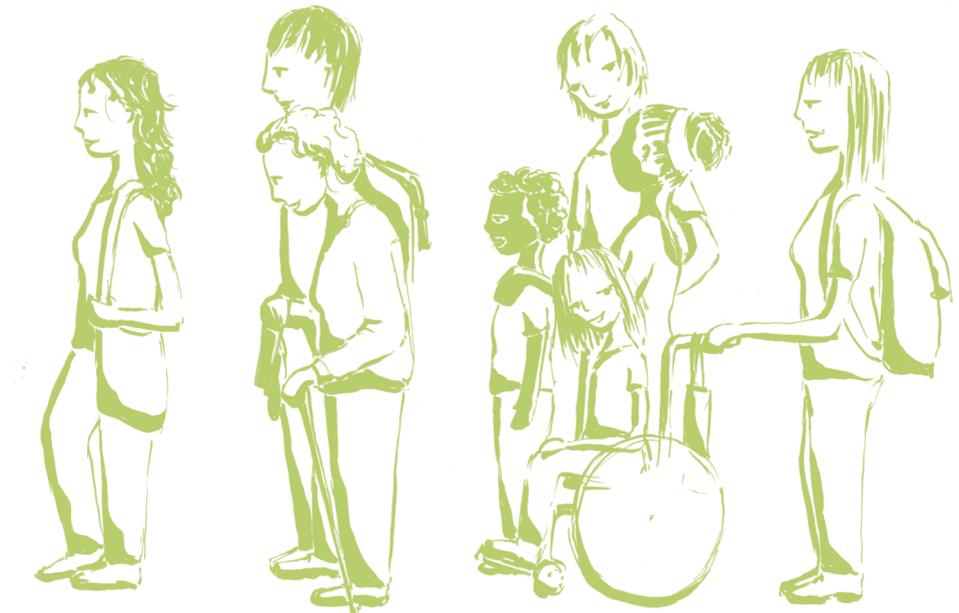


Arten- und Biotopvielfalt erhalten

Der Artenschwund ist eines der größten Umweltprobleme unserer Zeit. Viele Arten sind gefährdet oder vom Aussterben bedroht: Insekten genauso wie Wirbeltiere und heimische Wildpflanzen. Wer kennt zum Beispiel noch einen Kiebitz, Eisvogel oder ein Rebhuhn? Das Artensterben aufzuhalten bedeutet, natürliche Lebensräume zu erhalten und zu erweitern. Wir brauchen eine Landschaft ohne Pestizide, naturbelassene Wiesen und mehr naturwüchsigen Wald. Und vor allem brauchen wir intakte Moore.



Moore machen nur drei Prozent der weltweiten Landfläche aus, speichern aber doppelt so viel Kohlenstoffdioxid wie alle Wälder der Erde zusammen. Ihr Schutz lohnt sich: Werden Moore zerstört, setzen sie hohe Mengen klimaschädlicher Gase frei und einzigartige Tier- und Pflanzenwelten werden vernichtet.



Die Veränderung des Klimas und auch neuartige Krankheitserreger verletzen Lebensgemeinschaften von Pflanzen und Tieren. Leben viele unterschiedliche Tierarten beisammen, kann sich ein Lebensraum leichter erholen. Leben wenige Arten beisammen und sind diese alle betroffen, sterben auf einen Schlag viele Tiere und Pflanzen. Es ist wie bei einem Netz: Hat es viele Fäden, hält es gut. Fallen immer mehr Fäden weg, wird das Netz löchrig und reißt am Ende ganz.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein,

- den Torfabbau schnellstmöglich zu beenden sowie weitere Moorflächen anzukaufen, damit sie wieder vernässt werden können.
- die Vernetzung schützenswerter Lebensräume im Biotopverbund zu etablieren.
- artenreiche Wildnisflächen zu erhalten und zu entwickeln sowie Hecken wieder herzustellen.
- weitere Flächenversiegelungen stark zu reduzieren und Maßnahmen zur Entsiegelung im Siedlungsbereich zu ergreifen.
- Alleen zu erhalten und neu zu pflanzen.
- ein regionsweites Kompensationsflächenkataster für alle Eingriffe in Natur und Landschaft zu erarbeiten.
- ökologische Vorrangflächen für die Landwirtschaft auszuweisen.
- Gewässerqualität von Bächen, Flüssen und Seen sowie die Trinkwasserqualität zu verbessern.
- die Flächen für Bodenabbau auf eine sparsame Inanspruchnahme zu begrenzen.



Mobilität

Lena ist 37 Jahre alt und wohnt in Redderse. Heute ist sie mit ihren Kindern Aaron und Käthe in Hannover unterwegs und trifft dort zufällig ihre Freundin Ingrid.

„Hallo Lena, was machst Du denn in Hannover?“

„Wir waren grade im Zoo und sind jetzt wieder auf dem Heimweg.“

„Auf dem Heimweg? Mit dem Fahrrad? Ihr wohnt doch in Redderse. Und da habt ihr nicht das Auto genommen? Wie sollen die Kinder das schaffen?“

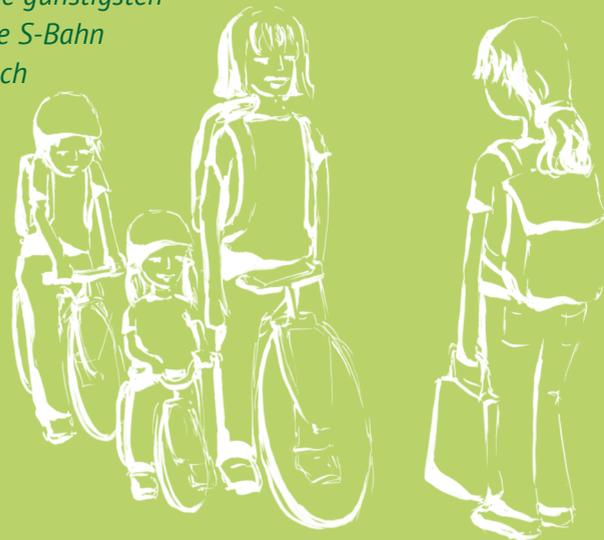
„Wir fahren nicht das ganze Stück mit dem Fahrrad. Das sind Leihräder, die wir nachher wieder am Hauptbahnhof abgeben.“

Von da nehmen wir die S-Bahn nach Wennigsen und für das letzte Stück kommt der sprinti Kleinbus. Den bestelle ich gleich noch von unterwegs mit dem Smartphone.“

„Und was machst Du, wenn es regnet?“

„Wenn das Wetter zu schlecht ist, fahren wir mit der Stadtbahn. Aber dann wären wir auch nicht in den Zoo gegangen. Hier schau mal, das ist die GVH-App. Damit kann ich schnell und bequem Fahrten buchen.“

Die App sucht mir stets die günstigsten Anschlüsse heraus. Unsere S-Bahn fährt zwar gleich, doch nach der App können wir auch die nächste Bahn nehmen. Gehen wir noch ein Eis essen?“



Unterwegs sein macht Spaß

Wir wollen Mobilitätsparadiese für alle. Dafür müssen die Blickwinkel von Frauen, Kindern und Jugendlichen, von älteren Leuten oder Menschen mit Beeinträchtigungen



als selbstverständliche Komponente in die Mobilitätspolitik der Region einbezogen werden. Wir setzen den Fokus auf alles, was eine lebenswerte Gemeinde- und Stadtplanung ausmacht: auf sichere und kurze Wege, Bewegungs- oder Begegnungsräume, einen bezahlbaren, vollständig barrierefreien und flächendeckenden ÖPNV mit attraktiver Taktung sowie auf ein flächendeckendes und sicheres Radwegenetz. Und es geht um Gehwege, auf denen ein Rollstuhl und ein Kinderwagen nebeneinander großräumig Platz haben.

Der öffentliche Verkehr soll stärker an individuelle Mobilitätsbedürfnisse angepasst werden. Busse im Umland der Region Hannover fahren nach Fahrplan oder nach Bedarf. Die Fahrgäste buchen ihre Fahrt per App oder Telefon. Wir wollen digital mobil in Bus und Bahn unterwegs sein. Immer mehr Menschen planen ihre täglichen Wege abhängig von Ziel, Wetter, Verkehrslage und Verfügbarkeit von Verkehrsmitteln mit einer App auf dem Smartphone. Ein digitaler Zugang erleichtert die flexible und einfache Nutzung dieser Apps und macht es auch möglich, lange Fahrtwege bereits als Arbeitszeit zu nutzen. Weiterhin können so verschiedene Mobilitätsangebote problemlos miteinander kombiniert werden.

Mobilitätsparadiese für alle erreichen wir mit einer Verkehrspolitik, die konsequent auf die Menschen und ihre individuellen Mobilitätsbedürfnisse ausgerichtet ist. Hier rücken wir insbesondere die bisher ungeschützten Verkehrsteilnehmer*innen in den Mittelpunkt. Ihren Schutz schaffen wir mit einem Verkehrssystem, das menschliche Fehler berücksichtigt und ausgleicht. Die Region hat mit ihrem Handlungskonzept Verkehrssicherheit bereits ein gutes Programm aufgelegt. Jeder Unfall ist ein zu hoher Preis. Deshalb können 40 Prozent weniger Verkehrstote bis 2035 nur ein erster Schritt sein. Das Ziel muss 0 Verkehrstote sein, also „Vision Zero“.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein,

- die Mobilität durch intelligente und bedarfsorientierte Digitalisierung zu verbessern.
- ein Alltags- und Radschnellwege-Netz in der ganzen Region zu entwickeln und zu ausbauen.
- eine Stelle für Gender-Planning im Mobilitätsmanagement der Region Hannover einzurichten.

Gender-Planning nennt sich die Strategie, die Geschlechtergerechtigkeit in der räumlichen Planung umsetzen soll. Das Instrument soll in der Entwicklungs- und Umsetzungsphase von Projekten dabei helfen zu prüfen, ob die unterschiedlichen Sichtweisen von Männern und Frauen berücksichtigt wurden und die künftige Nutzung gleichberechtigt ist. Ziel ist es, Orte zu schaffen, die barrierefrei sind, gut erschlossen, vernetzt und bedarfsgerecht interpretier- und nutzbar sind.



- eine leicht nutzbare und integrierte Kund*innen-App einzuführen, die Echtzeitinformationen, Anschlussgarantie, mobile Bezahlfunktion und Wegeketten bietet. Sie ist vernetzt mit weiteren privaten Mobilitätsangeboten (Bike- und Carsharing) und ermöglicht eine integrierte Abrechnung und Bezahlung verschiedener Mobilitätsdienste. Nach einem Monat mobil: Es wird am Ende des Monats das günstigste Angebot für die Kund*innen abgerechnet.
- eine ergänzende bedarfsorientierte und barrierefreie öffentliche Mobilität im Umland (sprinti) bereitzustellen.
- die Sperrzeiten für die Mitnahme von Fahrrädern in Bus und Bahn aufzuheben.
- mindestens drei Radschnellwege in der Region Hannover auszubauen und mindestens drei weitere Radschnellwege in die Planung aufzunehmen.
- ein regionsweites Fahrrad-Verleih-System zu schaffen, das im Ticketing der GVH integriert ist.
- beim Ausbau des ÖPNV Seilbahnen in die Planung einzubeziehen und zu prüfen.



Wirtschaft

Robert, 56 Jahre alt, wohnt in Langenhagen. Im Gewerbepark in Gailhof in der Wedemark ist er mit seiner Kollegin Lena verabredet.

„Guten Morgen, Lena! Schön, dass Du schon da bist.“

„Hallo Robert, ich habe mit meinem Rad den Bus genommen, das ging schneller.“

„Dann können wir ja gleich los. Die Eröffnung unserer Firma beginnt gleich. Hast du das schon gehört, demnächst produzieren wir auch Verpackungen aus pilzbasierten Materialien. Ich bin gespannt, was sich aus den ersten Tests mit den laugenlöslichen Kunststoffen ergibt.“

„Du hast wohl Kalila aus der Produktentwicklung besucht. Ihre materialsparenden Schüsseln aus Keramikschaum kann sie wohl schlecht in Styropor verpacken.“

Schau mal, unsere Betriebs-Kita hat ein Solardach und die Obstwiese wurde auch extra neu angelegt. Toll, die überdachten Fahrradständer sind ebenfalls fertig. Jetzt kann gefeiert werden.“



Soziale und ökologische Modernisierung der Wirtschaft

Die Corona-Pandemie beschleunigt auch in der Region Hannover den wirtschaftlichen Wandel. Die Dynamik der Veränderung nutzen wir, um innovative, nachhaltig wirtschaftende und somit langfristig erfolgreiche Unternehmen zu fördern. Unser Ziel ist eine soziale und ökologische Modernisierung der Wirtschaft mit Unternehmen, die unser Klima und unsere Natur schützen, statt wertvolle Ressourcen zu verschwenden.

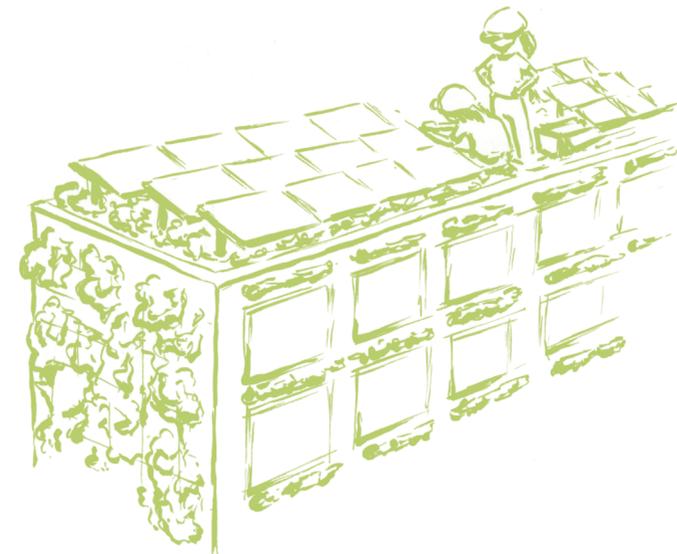


Wir wollen, dass Gewerbebetriebe auf unerschöpfliche Energiequellen umsteigen und die Gebäude klimaneutral sanieren. Gewerbeflächen sollen zukünftig nach Maßgabe des weiterentwickelten Konzepts des Zero-Emission-Parks geplant und realisiert werden. Zero-Emission-Gebäude nutzen Energie aus natürlichen Quellen und setzen so weit weniger schädliche Klimagase frei. Klimaneutrale Bauweise, geringe Flächenversiegelung, naturnah gestaltete Außenanlagen stärken zudem die Tier- und Pflanzenvielfalt. Wir wollen bevorzugt Betriebe mit nachhaltiger Kreislaufwirtschaft fördern.

Besonders kleine und mittelständische Betriebe in der Region unterstützen wir dabei, ihre Geschäftsmodelle nachhaltiger zu gestalten.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein,

- Investitionen und Förderungen an sozialen und ökologischen Kriterien auszurichten.
- eine impulsgebende Wirtschaftsförderung zu etablieren, die Unterstützungsinitiativen für kleine und mittelständische Unternehmen, Kulturbetriebe und innovative Start-ups insbesondere im Umland vorsieht.
- vorrangig Betriebe mit ausgewiesener Kreislaufwirtschaft zu fördern. Dies führt zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen, Abfall, Emissionen und Energie.
- die von der Region ausgeschriebene Gründungsförderung insbesondere an sozialen, gendergerechten und ökologischen Kriterien auszurichten.
- gemeinsam mit den Kommunen und den Unternehmen ein alternatives, klimafreundliches Logistikkonzept zu entwickeln, um die Innenstädte zu entlasten.
- die Digitalisierung und Vernetzung aller Verwaltungsprozesse in der Region im Sinne des Smart-City-Konzepts einzuführen.
- die digitale Infrastruktur im Rahmen der Zuständigkeit der Region zu modernisieren und auszubauen.

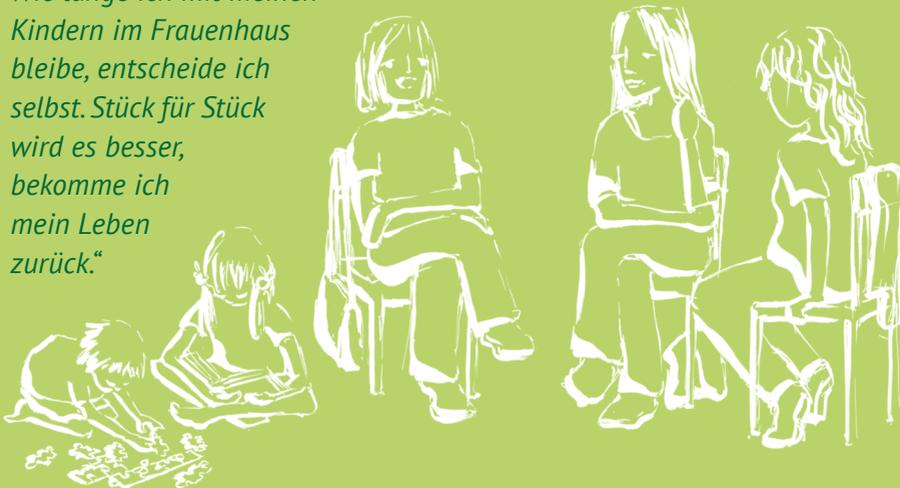


Geschlechtergerechtigkeit

„Es begann schleichend nach der Geburt unseres ersten Kindes – erst mit kleinen Eifersuchtsmomenten, bald kamen Verbote, Demütigungen und Drohungen. Ich fühlte mich täglich hilfloser, ausgeliefert und in der Falle. Ich habe mich geschämt und mich auch nicht getraut, mich jemanden anzuvertrauen. Es wurde unerträglich. Schließlich habe ich all meinen Mut zusammengenommen und bin mit den Kindern ins Frauenhaus gegangen.“

Die betreuenden Frauen dort helfen mir, meinen Lebensmut wiederzufinden. Zahide war meine erste Ansprechpartnerin. Für meine Fragen auf meinem Weg in ein selbstbestimmtes Leben finde ich bei ihr jederzeit ein offenes Ohr. Momentan unterstützt sie mich bei der Suche nach therapeutischer Hilfe für meine Kinder. Heute Nachmittag gehe ich wieder zu Astrid. Sie ist Traumatherapeutin und begleitet mich durch die tief sitzenden seelischen Verletzungen. Jeder Termin ist schwierig. Doch in den Tagen danach spüre ich, wie meine Kraft und Zuversicht wächst. Demnächst suche ich eine Rechtsanwältin auf, um mich wegen der Scheidung beraten zu lassen.

Wie lange ich mit meinen Kindern im Frauenhaus bleibe, entscheide ich selbst. Stück für Stück wird es besser, bekomme ich mein Leben zurück.“



Gleichberechtigte Teilhabe

Geschlechtergerechte Politik will den Lebenslagen von Frauen, Männern sowie Trans- und Intersexuellen Rechnung tragen und damit der Vielfalt des Lebens. Wir betrachten Geschlechterpolitik als große Querschnittsaufgabe: Geschlechtergerechtigkeit muss Grundlage aller Anstrengungen in allen Politikfeldern sein.



Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist ein Kernziel grüner Politik. Noch immer tragen Frauen die Hauptlast, wenn sie Beruf und Familie vereinbaren wollen. Viele von Armut Betroffene sind alleinerziehende Frauen. Aufgrund der Ausrichtung der sozialen Sicherungssysteme auf das heute kaum noch erreichbare bruchlose „Normalarbeitsverhältnis“ sind besonders Frauen von Altersarmut betroffen. Es braucht bessere und höhere Löhne, um Frauen ökonomisch mehr Selbstbestimmtheit und Stabilität zu verschaffen. Der noch nicht eingelöste Grundsatz „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ bleibt unser Ziel.

Mit der Frauenquote und der Mindestparität sind wir einen wichtigen Schritt vorausgegangen. Wir stehen dafür, dass Frauen die Hälfte der Macht und die Hälfte der Verantwortung bekommen. Gesetzliche Quoten für Aufsichtsräte und Vorständen werden zu mehr Qualität und Vielfalt führen. Weibliche Vorbilder werden sich positiv auswirken und mehr Frauen zu verantwortungsvollen Aufgaben und Positionen motivieren. Damit schaffen wir eine bessere Basis für eine geschlechtergerechte Gesellschaft.

Die Istanbul-Konvention ist das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Neben den unterstützenden Hilfsangeboten für diejenigen, die von Gewalt betroffen sind, liegt in Art. 16 des Übereinkommens auch ein Fokus auf Prävention. So gibt es für die Region Hannover Täter-Programme, die die Gewaltausübenden befähigen sollen, Konflikte künftig gewaltfrei zu lösen. Damit wird ein elementarer Beitrag zur Gewaltprävention geleistet, der von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern zugutekommt sowie die Konfliktfähigkeit der Täter verbessert. Diese Programm stellen somit einen Baustein zum Opferschutz dar.



Wir GRÜNE setzen uns dafür ein,

- bedarfsorientierte Angebote für Alleinerziehende in Alltag und Beruf auszubauen und die Information darüber zu stärken.
- den Anteil von Frauen in leitenden Funktionen der Regionalverwaltung und in Beteiligungsgesellschaften – auch in Aufsichtsräten – der Region Hannover zu erhöhen. Das Ziel ist es, mindestens die 50-Prozent-Quotierung zu erreichen.
- Programme zur Förderung der Geschlechterdiversität – insbesondere in sozialen Berufen – zu stärken.
- Menstruationshygiene-Artikel in öffentlichen Gebäuden kostenfrei auszuliegen.

- das Konzept der aufsuchenden proaktiven Gefährderansprache bei häuslicher Gewalt und Stalking zu etablieren.
- eine fachliche Begleitung zur überleitenden Unterbringung für obdachlose Frauen und ihrer Kinder im Umland analog zum Konzept der Frauenberatungsstellen zu schaffen, um diese Familien wieder in Wohnungen unterzubringen.
- die Kultur der geschlechtergerechten Sprache weiter zu fördern.
- weitere Angebote für Frauen mit Kindern im Umland zu schaffen, die von Gewalt betroffen sind.
- sämtliche Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt für alle Zielgruppen wie geflüchtete Frauen, Frauen mit Behinderungen, LGBTI* sowie Mädchen zugänglich zu machen und deren besondere Bedarfe zu berücksichtigen.
- Platzangebote in Frauenhäusern – einschließlich für Frauen mit Behinderung jeder Art – auszubauen.
- Angebote für Frauen mit Söhnen auch über 12 Jahre zu schaffen.
- Beratungsstellen zu häuslicher Gewalt und Partner*innengewalt zu unterstützen, die sich sowohl an Täter*innen als auch an Opfer sowie an alle Geschlechter und Familienformen wenden.

Demokratie und Vielfalt

Jamilah, 28 Jahre, lebt in Lehrte.

„Allein durch die City gehen, das mochte ich lange nicht. Ich fühlte mich nicht frei, nicht unbeschwert. Wenn die Menschen mich ansahen, sahen sie nicht mich. Sie sahen einen Jungen, der ich nie war. Sicher und gut gelaunt gehe ich nun durch Lehrte und fühle mich frei. Vergessen sind die Beleidigungen, körperlichen Angriffe und komischen Fragen aus alten Zeiten.“

Heute Abend ist Jamilah mit ihrer Freundin in ihrer Lieblingskneipe verabredet. Sie haben sich lange nicht gesehen.

„Na, da bist du ja!“

„Hey, du siehst gut aus.“

„Selber! Du strahlst ja förmlich.“

Sag mal, wie läuft es denn mit deiner Angleichung?“

„Es läuft super. Ich bin durch. Medizinische Hilfe und vor allem die Begleitung der Queerberatungsstelle haben mir geholfen.“

Vor dir steht nun Jamilah. Aber es ist ja nicht nur mein Name, der sich geändert hat. Alles, was sich vorher fremd anfühlte, hat jetzt ein neues Zuhause. Ja, der Begriff stimmt. Ich bin in mir zu Hause.“



Vielfalt bereichert

In unserer Region leben Familien, in denen über drei Generationen hinweg verschiedene Religionen und Sprachen durch Partnerschaft und Ehe zusammengekommen sind. Die Biografien, Geschichten und Erfahrungen dieser Menschen gehören zu unserer Gesellschaft.

In einer inklusiven Gesellschaft darf die Identität eines Menschen kein Grund sein, sie oder ihn schlechter zu stellen, auszugrenzen oder gesellschaftlich abzuwerten. Wir streiten für eine vielfältige und inklusive Gesellschaft, in der alle Menschen ohne Angst vor Ausgrenzung und Gewalt verschieden sein können. Antidiskriminierungspolitik ist Gleichstellungspolitik, sie wahrt den im Grundgesetz festgeschriebenen Gleichheitsgrundsatz und damit den Kern der Demokratie. Voraussetzung dafür ist, dass Menschen in der Pluralität ihrer Identitäten anerkannt und repräsentiert werden.



Wir GRÜNE setzen uns dafür ein,

- die Finanzierung von Queer-Beratungsstellen und -Zentren sicherzustellen sowie Zuständigkeiten innerhalb der Regionalverwaltung für Queer/LSBT*IQ/Diversity zu schaffen.
- Sensibilisierungskampagnen gegen Geschlechterstereotypen durchzuführen.
- angesichts des institutionellen Rassismus in deutschen Behörden eine zivilgesellschaftliche Dokumentations- und Beratungsstelle einzurichten, damit Betroffene Vorfälle melden können, Hilfsangebote vermittelt werden können und dauerhafte parteiliche Prozessbegleitung bereitsteht. Zudem können Vorfälle für die Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden.
- zivilgesellschaftlich aktive Initiativen für Demokratie und Menschenrechte in den Kommunen zu vernetzen und zu stärken.
- zusätzliche finanzielle Mittel für den Regionssportbund bereitzustellen – für Programme gegen Rassismus und für Vielfalt im Sport.
- internationale Partnerschaften der Region Hannover weiter auszubauen und bestehende Partnerschaften zu intensivieren.
- ein Dialogforum für Angehörige verschiedener Religionen zu entwickeln.
- die Vielfalt der Kulturen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens zu befördern.



Gesundheit

Günther, 69 Jahre, trifft im geriatrischen Gesundheitszentrum die 71-jährige Elli.

„Guten Morgen Elli. Schön, dich zu sehen.“

„Danke, ebenso. Was führt Dich denn hierher?“

„Meine Diabetes. Ich bin hergekommen, weil meine alte Diabetesärztin in Rente gegangen ist. Zuerst hatte ich ja Angst, das würde hier völlig unpersönlich sein. So groß, so viele verschiedene Fachabteilungen. Stimmt aber nicht, die bieten hier einen guten Service an.“

„Und was für Termine hast Du heute noch?“

„Ich mache alles auf einmal, das spart mir viele Wege. Heute überprüft mein Arzt meine Medikamente. Eine Tür weiter ist die Augenuntersuchung. Meine Sicht wird schwächer, meine Brillengläser dafür dicker – Linsentrübung. Das lässt sich durch Lasern etwas verbessern. Das können die hier auch machen. Direkt danach geht es zu meiner Physiotherapeutin. Ich muss mich mehr bewegen und lasse mich deshalb über die Aktivitätskurse im Haus beraten. Oh, ich werde aufgerufen, das ging aber schnell!“



Gesundheitsförderung umfassend

Gesundheitsförderung und -vorsorge müssen einen größeren Stellenwert bekommen. Wir wollen die ökonomischen Rahmenbedingungen und Anreize in unserem Gesundheitswesen anders nutzen. Bestehende Hürden zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzt*innen wollen wir durch eine integrierte und stärker vernetzte Versorgung überwinden. Denn die Patient*innen wünschen sich eine abgestimmte Behandlung aus einer Hand. Der Heilungsprozess sollte von der Erstbehandlung über die Versorgung im Krankenhaus bis zur Rehabilitation gewährleistet sein. Alle Gesundheitsberufe sollen auf Augenhöhe zusammenarbeiten.

Die medizinische Grundversorgung ist möglichst wohnortnah zu erreichen. Sie steht zugleich allen zur Verfügung. Fachmedizinische Praxen sind im größeren Umkreis zu finden und jederzeit gut und leicht für alle Menschen erreichbar.

Gesundheitsförderung muss noch stärker da verankert werden, wo die Menschen leben, arbeiten, sich engagieren und lernen. Zur Gesundheitsförderung gehören also nicht nur der Sportkurs nach Feierabend, sondern auch eine gesundheitsfördernde Arbeitsumgebung.



Wir GRÜNE setzen uns dafür ein,

- Regionskrankenhäuser in kommunaler Trägerschaft zu sichern.
- das Gesundheitsamt zu digitalisieren und zukunftsfähig zu modernisieren.
- das Klinikum der Region Hannover (KRH) weiterzuentwickeln, um sich den digitalen und veränderten medizinischen Herausforderungen zu stellen, wie z.B. die Behandlung von Mehrfacherkrankungen bei Senior*innen.
- Suchtprävention für junge Menschen (14-25 Jahre) an Schulen, Berufsbildenden Schulen und in Ausbildungsbetrieben mit zusätzlichen Stellen zu fördern.
- den Ausbau des Geriatriischen Zentrums in Lehrte zu sichern.
- Gesundheitsangebote für Wohnungslose und für Menschen ohne Krankenversicherung massiv auszubauen (bspw. Angebote der „Malteser Migrant*innen Medizin“, Kindersprechstunde und Clearingstelle Krankenversicherungsschutz). Ebenfalls muss die Region Hannover ihre Anstrengungen intensivieren, Menschen ohne Krankenversicherungsschutz wieder in die Solidargemeinschaft zu integrieren und somit ihren Zugang zu den Regelangeboten der Gesundheitsversorgung abzusichern.
- den Patient*innen des Klinikums Region Hannover (KRH) gesundes Essen aus vorwiegend regionalem sowie biologischem Anbau anzubieten.
- die psychotherapeutischen Angebote hinsichtlich der Folgen der Pandemie zu erhöhen.



Frauen-Gesundheit

Martina, 32 Jahre, hat vor Kurzem ihre Tochter Lea entbunden und Esther, 28 Jahre, ihren Sohn Jonne. Sie leben in Großburgwedel. Beide Frauen treffen sich zu einem Rückbildungskurs in Maikes Hebammenpraxis. Martinas Lea kam zu Hause zur Welt, Esthers Sohn Jonne im Krankenhaus.

„Hallo Esther. Wie geht es Jonne?“

„Hi Martina. Er ist gerade eingeschlafen. Schlafen und Essen sind seine Lieblingsbeschäftigungen.“

„War Maike bei euch auch Geburtshebamme?“

„Ja, Maike ist toll. Sie war bestimmt und zuversichtlich, wusste immer genau, was zu tun war. Maike erzählte, entscheidend sei nicht ob Krankenhaus oder Hausgeburt, sondern das ‚Wie‘. Letztendlich kommt jedes Kind zur Welt. Aber jede Mutter und jedes Kind brauchen unterschiedlich viel Zeit dafür. Sie sieht nicht nur die medizinische Versorgung, sondern auch die Aufgabe, Mutter und Kind auf diesem Weg bis zum ersten Atemzug und darüber hinaus zu begleiten. Aber wem sage ich das. Du hast Lea zu Hause geboren mit Maikes Unterstützung?“

„Ja. Ich habe mich zu Hause mit ihr an meiner Seite bestens aufgehoben gefühlt. Für alle Fälle hatte Maike uns beim Bereitschaftsdienst des Krankentransportes von zu Hause ins Krankenhaus angemeldet, das vermittelte uns Sicherheit. War im Nachhinein nicht nötig. Aber jetzt auf zur Gymnastik.“



Zuversichtlich und selbstbestimmt gebären

Gebärende haben ein grundlegendes Menschenrecht, die Umstände frei zu wählen, in denen sie ihr Kind zur Welt bringen. Die Frau allein entscheidet über den Geburtsprozess. Ärzt*innen, Hebammen und andere informieren sie, klären auf, beraten und unterstützen.

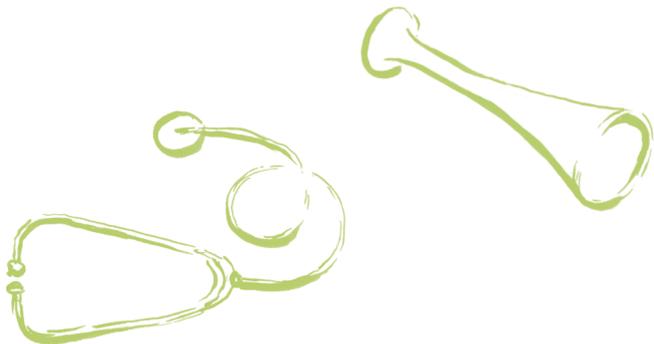
Insbesondere Personalmangel in den Kreißsälen der Region erhöht aber das Risiko für Interventionen unter der Geburt. Der Hebammenkreißsaal, wie es ihn im Krankenhaus Gehrden schon gibt, ist ein hebammengeleitetes Betreuungsmodell in der Klinik.

Wir wollen, dass Hebammen eigenverantwortlich gesunde Schwangere vor, während und nach der Geburt betreuen. So wird für Frauen ohne oder mit niedrigem Schwangerschaftsrisiko eine selbstbestimmte Geburtshilfe in klinischem Rahmen bereitgestellt.



Wir GRÜNE setzen uns dafür ein,

- Hebammengeleitete Geburtshilfe auf den Entbindungsstationen des Klinikums Region Hannover in Großburgwedel und Neustadt einzuführen.
- die Hebammenzentrale zu institutionalisieren und Geburtshäuser zu fördern.
- freiberufliche Hebammen zu fördern, damit eine 1-zu-1-Betreuung durch eine Hebamme vor, während und nach der Geburt gewährleistet ist und Frauen sich auch für ihr Zuhause als Geburtsort entscheiden können.
- dass in der Region während einer Hausgeburt möglichst ein Krankentransport bereitsteht.



Kinder und Jugendliche

Tarik, 16 Jahre, wohnt ebenso wie sein gleichaltriger Kumpel Chris in Neustadt. Beide treffen sich zufällig auf der Straße.

„Moin Tarik. Bist du nachher dabei, 'ne Runde zocken?“

„Weiß nicht. Hab' noch zu tun.“

„Oh nee, Tarik. Was ist wichtiger als zocken?“

„Hab morgen 'nen Test für so'n Projekt, nicht von der Schule, sondern von dieser Einrichtung. Da kann ich ausprobieren, ob ich wieder in die Schule gehe oder besser eine Ausbildung mache. Da kann ich für ein paar Wochen in zwei, drei Handwerke reinschnuppern. Bock hätte ich schon was mit Elektro zu machen. Corona war anfangs locker, keine Schule und so, mehr Gaming. Aber auf Dauer und nur das? Irgendwie fehlt da was. Und in der Schule läuft's auch nicht. Muss aber noch zwei Jahre machen.

Jetzt kann ich schon mal gucken, was ich überhaupt machen will. Dann bin ich abwechselnd in der Schule, in der Berufsschule und in einem Betrieb. So könnte ich es schaffen. Mal sehen, vielleicht gehe ich nachher noch kurz on.“

„Joa, bis dann.“



Junge Menschen sind die Zukunft

Die Lebenslagen und Bedürfnisse von jungen Menschen sind gesamtgesellschaftlich von großer Bedeutung. Ihre Teilhabe an schulischer und beruflicher Bildung ist wesentlich für ihr



Erwachsenenleben. Wir sind daher für Maßnahmen, die zielgerichtet Jugendliche unterstützen, die nicht auf dem direkten Weg in die Ausbildung gelangen. Auf die gute Qualität der Bildungsträger legen wir dabei besonderen Wert. Die Kosten einer Maßnahme dürfen nicht das Entscheidungskriterium dafür sein, ob diese durchgeführt wird.

Alle gesetzlichen und freiwilligen Leistungen für Kinder aus einkommensschwachen Familien sollen in einem Teilhabe-Pass gebündelt werden, der regionsweit gilt (z.B. Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, Region S-Karte, HannoverAktivPass). Damit wollen wir insbesondere erreichen, dass die Leistungen für Bildung und Teilhabe stärker in Anspruch genommen werden und generell dafür sorgen, dass möglichst viele Leistungen bei den Kindern ankommen.

Der Weg zu einer inklusiven Gesellschaft beginnt meist mit kleinen Schritten – und muss bereits bei den Kindern anfangen! Jedes Kind mit heilpädagogischem Förderbedarf muss die Möglichkeit haben, wohnortnah zusammen mit den Nachbarskindern eine integrative Gruppe in einer Kita zu besuchen. Voraussetzung für die Bau-Förderung neuer Kitas durch die Region muss deshalb sein, dass mindestens ein Raum für eine integrative bzw. inklusive Gruppe geeignet ist.

Wir wollen für Kinder und Jugendliche Orte schaffen, die wohnortnah erreichbar sind und wo sie bei Bedarf sofort Hilfe finden, wo sie unkompliziert Unterstützung in sozialen und schulischen Fragen erhalten. An diesen Orten – während der Pandemie in großen Räumen oder Sporthallen unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln – können sie sich treffen, sie können lernen und gemeinsam Zeit verbringen.



Wir GRÜNE setzen uns dafür ein,

- eine enge Verzahnung zwischen Schule, Jugendeinrichtungen, Betrieben und Universitäten mit übergreifenden Beratungsstrukturen zu fördern.
- Personalsynergien mit institutionellen und freien Trägern zu bilden.
- psychosoziale Angebote hinsichtlich Gewalt, Suizid, Missbrauch u.a. zu stärken und 24h-Angebote über Social-Media-Kanäle anzubieten.
- dass Maßnahmen an außerschulischen Lernorten früher beginnen, um Schüler*innen wieder an den Lernprozess heranzuführen.
- die Teilnahme – insbesondere von benachteiligten Kindern und Jugendlichen – an demokratischen Prozessen in Projekten und Gremien proaktiv zu unterstützen.
- alle gesetzlichen und freiwilligen Leistungen für Kinder aus einkommensschwachen Familien in einem „Teilhabe-Pass“ zu bündeln.
- ein Ombudssystem, also eine Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche im Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes Region Hannover, für alle Kinder, Jugendlichen und ihre Familien einzurichten, die in der Region Hannover Jugendhilfeleistungen in Anspruch nehmen.
- die Bau-Förderung neuer Kitas durch die Region an die Voraussetzung zu koppeln, dass mindestens ein Raum für eine inklusive Gruppe geeignet sein muss.
- sportliche und pädagogische Angebote für Kinder und Jugendliche im Hinblick auf die Folgen der Pandemie zu erhöhen.

Berufsbildende Schulen

Tom, 18 Jahre alt, ist in Hannover zu Hause und macht eine Ausbildung zum Tischler. Gerade hat er ein Ausbildungsgespräch mit seiner Chefin.

„Guten Morgen Tom. Wie läuft es in der Berufsschule? Ist dein Berichtsheft auf dem neuesten Stand?“

„Guten Morgen Chefin. Ein Berichtsheft gibt es bei uns doch nicht mehr. Wir schreiben unsere Berichte jetzt digital in die Cloud. Die können von der Lehrkraft und mir geöffnet und bearbeitet werden. Wir haben auch digitale Räume, die offen sind für alle Lernenden, die gemeinsam an einer Aufgabe oder an einem Projekt arbeiten. Und bei uns in der Schule sind Wände weggenommen worden, damit wir größere Räume für den gemeinsamen Arbeitsaustausch haben.“

„Woran arbeitest du denn gerade in der Berufsschule?“

„Im Wahlpflichtfach Klima berechnen wir morgen, wieviel Strom unsere neue Kreissäge bei welchem Schnitt braucht. Das wird auch für Sie spannend.“

„Oh ja! Kann ich mir das auch ansehen?“

„Aber gern. Das Ergebnis steht geschützt im Internet. Darauf haben auch Sie Zugriff. Wir besprechen in der Berufsschule immer gemeinsam, was ich schon gelernt habe, woran ich weiterarbeiten will, und was ich eventuell vergessen habe. So kann ich weitestgehend selbst bestimmen, wann ich wie lerne. Wenn wir dann einen Test schreiben, bin ich sicher, dass ich alles weiß, was wichtig ist.“

„Wann schreibst du denn den Test?“

„Den schreiben wir, wenn alle aus der Klasse mit dem Projektthema fertig sind. Hier, das Notebook habe ich von der Schule bekommen. Wie alle anderen auch. Die ganze Klasse ist über die Notebooks vernetzt.“

Wir können – wenn wir wollen – auch zu Hause gemeinsam lernen.

Und wenn ich etwas nicht verstehe, dann kann ich den Lerncoach zu Hilfe holen. Mein Freund Ahmet ist zum Beispiel in die Sprachnachhilfe gegangen. Lerncoach oder Sprachnachhilfe können wir per App beantragen, direkt und schnell.“

Chancen für alle

Der Zugang zu Bildung und Qualifikation ist, unabhängig von der Herkunft, von zentraler Bedeutung. Die Region ist Trägerin von 14 Berufsbildenden Schulen mit verschiedenen Bildungsgängen und rund 40.000 Schüler*innen sowie von 16 Förderschulen. Damit ist sie im berufsbildenden Bereich die größte Bildungsträgerin in Niedersachsen. Als Schulträgerin ist die Region für die finanzielle Ausstattung und die Gebäudeinfrastruktur verantwortlich. In den vergangenen Jahren hatte die Region Hannover einen starken Rückgang der Schüler*innenzahlen zu verzeichnen. Deshalb wird das Berufsschulkonzept weiterentwickelt und zukunftsfest gemacht. Wir setzen uns dafür ein, dass die Region Hannover die von den Strukturänderungen betroffenen Schulen an der Ausgestaltung des Berufsschulkonzeptes beteiligt. Auch ist es uns wichtig, dass unsere Schulen weiterhin finanziell gut ausgestattet sind, damit Schüler*innen und auch Lehrer*innen gute Voraussetzungen für den Schulalltag haben.

Als Ausbildungsstätte künftiger Arbeitnehmer*innen, Fachkräfte und Entscheider*innen setzen wir uns zudem dafür ein, in den Berufsbildenden Schulen Grundlagen zu ökologischem, sozialem und ökonomisch fairem Handeln zu vermitteln. Dazu gehören u.a. die Nachhaltigkeitsziele der UN und die Klimaziele der Region Hannover.



Alle Jugendlichen, ob mit Behinderung, zugewandert oder hochbegabt – um nur wenige Beispiele zu nennen –, sollen in allen Schulen nach ihren Fähigkeiten bedürfnisgerecht gefördert werden. Voraussetzung für die Umsetzung dieser pädagogischen Leitidee sind ein Schulbau nach Maßgabe der pädagogischen Architektur, eine gute digitale Ausstattung und ein naturnahes Außengelände.



Wir GRÜNE setzen uns dafür ein,

- die Berufsbildenden Schulen digital auszustatten.
- den Azubis im Handwerk neueste Maschinen zum Lernen zur Verfügung zu stellen.
- Inklusion praktisch umzusetzen und zu leben.
- offene Räumlichkeiten für das jahrgangs- bzw. berufsfeld-übergreifende Lernen und den Austausch zu schaffen.
- frische, saubere Luft in Schulklassen durch moderne Lüftungsanlagen zu gewährleisten.
- moderne sanitäre Anlagen bereitzustellen.
- Projekte zu initiieren, die junge Menschen aller Kulturen in ihrem beruflichen Werdegang stabilisieren und in den Ausbildungsmarkt integrieren.
- Schullandheime als außerschulische Lernorte in der Trägerschaft der Region zu erhalten.



Leben im Alter

Leonore, 74 Jahre alt, wohnt in Thönse.

„Ich gebe zu, anfangs war ich skeptisch: Aufs Dorf ziehen? So weit weg von der Stadt? Mit dem Alter werde ich schließlich nicht jünger! Von wegen! Hier kann ich noch viele Jahre aktiv und selbständig leben. Wichtig sind für mich Kontakte zu anderen Menschen. Die halten mich geistig fit. Ich wohne in einer Straße mit Leuten jeden Alters. Meine Tochter wohnt gegenüber – nah beisammen und weit genug weg. Heute essen wir wieder gemeinsam zu Mittag.

*Nachdem mein Mann verstorben war, blieb mir eine kleine Witwenrente. Zusammen mit meiner eigenen schmalen Rente reichte das aber weder vorn noch hinten. Gott sei Dank ist Hans vom Senior*innenbeirat zum*

Kaffee gekommen und wir haben über die Grundsicherung im Alter gesprochen. Ich dachte erst, meine Tochter müsste für mich zahlen – muss sie aber nicht! Das Sozialamt zahlt die Grundsicherung und nun komme ich über die Runden.“



Altern in Würde

Menschen haben ein Recht auf Teilhabe und Zugang zum gesellschaftlichen Leben. Besonders bei Rentner*innen und Arbeitslosen ist das Armutsrisiko hoch und so die Möglichkeit eingeschränkt, am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Die Gefahr, sich zu überschulden, ist bei Verlust des Arbeitsplatzes ungleich höher als für die Menschen, die fest im Berufsleben stehen. Wir stellen uns gegen die zunehmende Spaltung der Gesellschaft und die soziale Ausgrenzung durch Armut und setzen uns auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass Menschen von ihrer Arbeit und von ihrer Rente leben können.

Menschen, die das Rentenalter erreicht haben und aus verschiedensten Gründen keine auskömmliche Alterssicherung bekommen, haben zur Sicherung des Existenzminimums Anspruch auf Grundsicherung im Alter. Doch der Anteil der bedürftigen Älteren, die Leistungen zur Existenzsicherung nicht in Anspruch nehmen, nimmt zu. Das bedeutet, dass in der Region Hannover mehrere Tausend Rentner*innen leben, deren Einkommen noch nicht einmal das Existenzminimum erreicht. Wir wollen mit den Vertretungen der Älteren, wie z.B. den Senior*innen-beiräten, die Beratung ausbauen und die Menschen dazu motivieren, diese Leistung in Anspruch zu nehmen.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein,

- die Bildung von Senior*innenbeiräten zu unterstützen.
- die Beratung zur Grundsicherung älterer Menschen auszubauen.
- Konzepte für generationenübergreifende Wohnformen zu entwickeln.
- dass zur Umsetzung von Maßnahmen zur gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe eine zentrale Erhebung durchgeführt wird, um Bedarfe zu identifizieren. So können beispielsweise Fahr- und Begleitsdienste passgenau ausgerichtet werden.
- dass die Kommunen entsprechend der Ergebnisse der Erhebung beraten werden.
- neue Konzepte für das Betreiben von Altersheimen und für die Bezahlung von Pflegekräften zu entwickeln.
- kultursensible Beratung und Pflege in Krankenhäusern zu fördern.



Gesundes Essen

Fatima, 19 Jahre, macht eine Ausbildung zur Fachfrau für Systemgastronomie. Sie trifft in der Mittagspause ihre Freundin Maryam in der Kantine.

„Hi Maryam, wie läuft's? Was gibt es heute?“

„Hi Fatima, rote Linsensuppe, Hummus und Salat gibt es. Es ist auch Kohlsuppe im Angebot.“

„Ich probiere den Kohl. Der kommt von dem Bauern, der uns immer beliefert und ist bio. Und du musst unbedingt den Joghurt zum Salat probieren. Der ist mit unserem eigenen Honig gesüßt. Wir haben den Honig vor einigen Wochen von den Bienenstöcken auf dem Dach geerntet.“

*„Klasse, ich lerne hier viel über zuckerfreie Lebensmittel und ihre Zubereitung. Das Essen schmeckt besser und ist gesünder. Die Küche verwendet außerdem saisonales Gemüse und Obst, das vorwiegend von Erzeuger*innen aus der Region kommt. Und unser neuer Koch bereitet viele Gerichte auf pflanzlicher Basis zu und für jeden ist was dabei.“*

„Maryam, ich hätte nie gedacht, dass Kohl so lecker sein kann.“



Regional, saisonal, ökologisch

Die Nachfrage nach Biolebensmitteln steigt. Immer mehr Menschen legen Wert auf regional erzeugte Lebensmittel ohne Zusatzstoffe. Wir wollen, dass ihnen ein gutes und vielfältiges Angebot zur Verfügung steht. Deshalb wollen wir eine Politik für gesunde Ernährung.

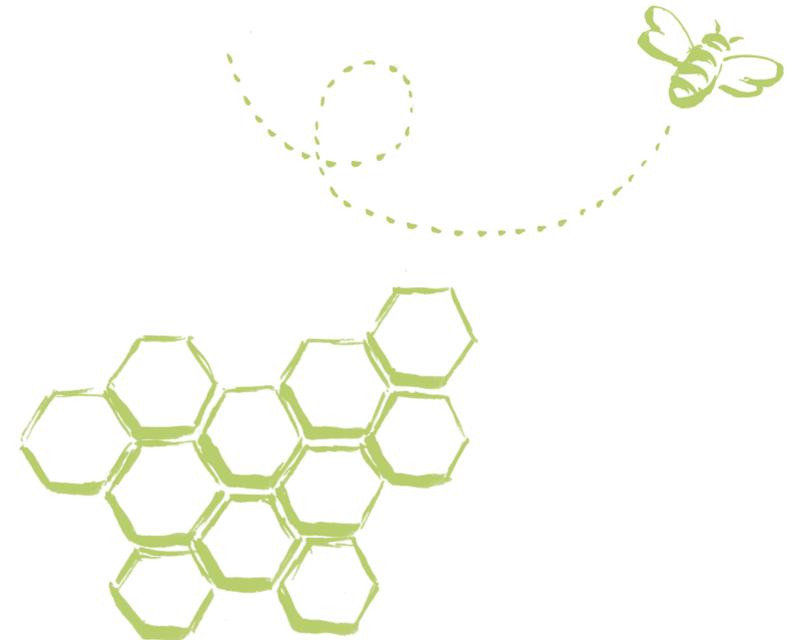


Wir fordern gutes Essen in den Berufsbildenden Schulen und den Förderschulen der Region Hannover.

Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler gleichermaßen zu ihrem Recht auf Essen ohne Zucker, Geschmacksverstärker oder Haltbarkeitsmittel kommen. Wir wollen Lebensmittel, die aus artgerechter Tierhaltung stammen und frei von Rückständen künstlicher Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sind. Frisch, saisonal, regional, ökologisch, fleisch- und verpackungsarm – so sollen die Speisen in den Kantinen und Mensen der regionseigenen Einrichtungen vor Ort zubereitet werden. In den Berufs- und Förderschulen gilt es außerdem, die dortigen Kioskanbieter*innen sowie die integrierten Cafés in die Planungen zur Ernährung miteinzubeziehen. Die Arbeit mit dem Netzwerk Ernährungsrat Hannover und Region unterstützen wir.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein,

- dass sich die Region Hannover an dem Bündnis „Mehr Bio in den Kommunen“ beteiligt.
- dass ein Konzept für eine gesunde und klimaschonende Ernährung mit regionalem Bezug für Berufs- und Förderschulen sowie für alle Kantinen und Mensen entwickelt wird.
- Formen der Direktvermarktung von regionalen Lebensmitteln zu fördern und damit kurze Lieferketten zu unterstützen.
- einen Mindestprozentsatz von „Bio“ zertifizierten Lebensmitteln bei Ausschreibungen für Großküchen einzuführen.
- regionale bäuerliche BIO-Vermarktungsgenossenschaften zur Belieferung von Großküchen zu fördern.
- eine Koordinierungsstelle zur Entwicklung eines Konzeptes für eine gute Ernährung in Schulen und Mensen zu schaffen.



Wohnen und Bauen

Annabel ist 22 Jahre alt und studiert.

An der Uni kommt sie mit ihrem Kommilitonen Steve ins Gespräch.

„Hallo Steve, lange nicht gesehen. Geht's gut?“

„Hi Annabel. Soweit ja, aber immer auf'm Sprung. Auch jetzt habe ich nicht viel Zeit, Dienst beginnt gleich.“

„Oh, Du musst nebenher noch arbeiten?“

„Ja, meine Wohnung ist schön und gut gelegen, aber dafür auch sehr teuer. Kennst Du doch, oder?“

„Schon. Aber ich habe Glück gehabt und wohne in einem gemeinschaftlichen Wohnprojekt einer Genossenschaft in Garbsen. Das ist zwar weiter draußen, aber die Stadtbahn fährt direkt zur Uni.“

„Und die Wohnung ist günstig?“

„Ich hab' eine der Wohnungen dort bekommen, die für Leute mit kleinem Geldbeutel vorgesehen sind. Aber auch die anderen Mieten sind günstig. Es gibt insgesamt 20 Wohnungen im Haus, sieben davon sind vergünstigt. Das wäre doch auch was für Dich. Möchtest Du nicht vielleicht Mitglied der Genossenschaft werden?“

„Klingt gut. Wie ist das Haus denn so?“

„Ziemlich klasse. Es gibt einen Gemeinschaftsraum und eine Dachterrasse. Da treffen wir uns oft. Das Quartier ist richtig bunt gemischt und liegt im Grünen. Das würde Dir auch gefallen. Und die Genossenschaft hat natürlich noch andere Wohnungen im Angebot.“

„Danke für den Tipp. Vielleicht wäre das wirklich was für mich.“

Wir sehen uns morgen, ja?“



Sozialverträgliches Wohnen für alle

Wer heute eine bezahlbare Wohnung sucht, sucht oft die berühmte Nadel im Heuhaufen. Unter den Preisen leiden fast alle. Ein großer Teil des Einkommens ist heute für die Miete reserviert. Wer über ein geringes Einkommen verfügt, wird in unattraktive Wohngebiete mit schlechter Nahverkehrsanbindung gedrängt.

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die Mieten in unserer wachsenden Region bezahlbar bleiben und Wohnungen nicht länger Mangelware sind. Wir wollen, dass die Region Hannover ihre Wohnbauprämie reformiert und vorrangig besonders energieeffiziente, gemeinschaftliche und flächensparende Bauprojekte fördert. Gemeinschaftliche Wohnformen sollen besonders unterstützt werden ebenso wie Genossenschaften, die gemeinwirtschaftlich zum Zweck des Erhalts von preiswerten Wohnungen und Mitbestimmung tätig sind.



Wir GRÜNE setzen uns dafür ein,

- Kommunen beim Ankauf von Flächen für den sozialen Wohnungsbau zu unterstützen.
- Wohnungen zu schaffen für Menschen, die aus der Wohnungslosigkeit kommen – in erster Linie durch den Ankauf von entsprechenden Belegrechten.
- die Wohnraumförderung so auszugestalten und mit anderen Förderprogrammen zu verzahnen, dass vorrangig besonders energieeffiziente, gemeinschaftliche oder flächensparende Bauprojekte gefördert werden.
- Die Vorgabe bei Neubauten so zu regeln, dass mindestens 35 Prozent der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern für Menschen mit geringem Einkommen bereitgestellt werden können.
- Städte und Gemeinden bei Infrastrukturinvestitionen durch den Ausbau der Kreditvermittlung und von Förderprogrammen der Region zu unterstützen.
- den Einsatz ökologischer und nachhaltiger Baumaterialien und Bauweisen zu unterstützen.
- eine Fachstelle einzurichten, die Menschen in Wohnungsnotfällen präventiv berät, das Abrutschen in Wohnungslosigkeit möglichst verhindert und im Bedarfsfall Mietschulden kurzfristig übernimmt. Diese Fachstelle ist klug mit dem bereits existierenden Wohnungslosenhilfesystem zu verknüpfen.
- die Situation wohnungsloser Frauen zu verbessern – sie sollen einen gleichberechtigten Zugang zum Angebot und der Platzvergabe sowie einen abgetrennten Wohnbereich bekommen.

- den Lebensphasen der Menschen entsprechenden Wohnraum zu ermöglichen, beispielsweise durch Wohnungstausch-Plattformen oder Konzepte wie „Jung kauft von Alt“.
- dass Veräußerungen von regionseigenen Grundstücken zukünftig nur noch mittels Erbpachtverträge und mit Rückbauverpflichtungen erfolgen.
- keine Gebäude zu veräußern, die durch die KSG Hannover errichtet werden – der Immobilienbestand der KSG Hannover soll erhöht werden.
- daraufhin zu wirken, dass der Fokus der KSG Hannover stärker auf den Ankauf und die nachhaltige Sanierung von Bestandswohnungen gesetzt wird.



Kultur

Maksim, 48 Jahre, lebt in Ronnenberg.

„Was für ein Abend! Endlich wieder ins Theater, in die Oper, in ein Konzert, eine Musikveranstaltung gehen. Wie überraschend anders diese Theaterinszenierung heute war.“

Aus der Not während der Corona-Krise experimentierten viele Künstler*innen mit digitalen Medien. Diese Medien kommen zwar seit einigen Jahren bereits in kulturellen Aufführungen zum Einsatz. Allerdings erschien es mir heute erstmalig in einer anderen Intensität. Die schauspielerische Darstellung war abstrakt, der Ausdruck der Schauspieler*innen auf ein Minimum reduziert und dadurch sehr eindringlich. Verstärkt wurde die Darstellung durch begleitende Bilder und kleine Videosequenzen.

Diese unterschiedlichen Ausdrucksmittel von Text, Bildern und Video in dem Stück vermittelte mir ein ganz anderes Theatererlebnis.

Ein bereicherndes Erlebnis!

Ich freue mich bereits jetzt schon auf meinen nächsten Theaterbesuch.“



Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in einem

Kunst und Kultur tragen wesentlich dazu bei, die Welt zu verstehen. Sie sind Elemente einer offenen und demokratischen Gesellschaft. Sie bieten uns Perspektiven für die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft. Ebenfalls schaffen sie Reflexionsorte für gesellschaftliche Entwicklungen und ermöglichen die Begegnung unterschiedlicher Menschen. Kunst und Kultur setzen Potenziale frei für soziale Inklusion und kulturelle Vielfalt. Deswegen müssen sie für alle zugänglich sein: Weder Entfernung, Kosten, Sprach- oder physische Barrieren dürfen dazu führen, Menschen von Kunst und Kultur auszuschließen. Kunst und Kultur sind Elemente eines individuellen Bildungsprozesses.



Kunst- und Musikschulen sowie andere Bildungseinrichtungen sind die Orte kultureller Bildung. Kulturelle Bildung vermag gleichermaßen Geschichte zu erfassen, um sich zu erinnern für die Gegenwart. Die Gedenkstätte Ahlem ist der wichtigste Lern- und Erinnerungsort der Region Hannover mit einer ausgezeichneten Ausstellung an einem einmaligen historischen Ort deutsch-jüdischer Geschichte.

Wir wollen die lebendige kulturelle Vielfalt in der Region Hannover bewahren und ausbauen, denn regionale Kultur wirkt identitätsstiftend. Die Kultur- und Kreativwirtschaft gilt als einer der bedeutendsten Wachstumsmärkte und als Triebfeder der Innovation. Diese soll weiterhin durch eine innovative und zukunftsorientierte Kunst- und Kulturpolitik in der Region Hannover vielfältig gefördert werden.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein,

- die kulturelle Vielfalt in der Region Hannover mit passgenauen und niedrigschwelligen Förderprogrammen zu erhalten und in der ganzen Region sichtbar zu machen.
- eine digitale Vernetzungs- und Beratungsplattform für Einrichtungen der kulturellen Bildung und der Kultur sowie für Kulturschaffende einzurichten und zu etablieren.
- das umfangreiche Veranstaltungsangebot, die wissenschaftliche Arbeit und die internationale Vernetzung der Gedenkstätte Ahlem auszubauen, um die Aufarbeitung fortsetzen zu können.
- eine Atelier- und Projektraumförderung einzurichten, um bildende Künstler*innen zu unterstützen.
- ein Förderprogramm zur energetischen Sanierung von Kulturinstitutionen aufzulegen.
- kleine Kultureinrichtungen und -vereine zu unterstützen sowie das ehrenamtliche Engagement und private Initiativen im Kulturbereich zu stärken.
- dass auch das vergessene Kapitel des deutschen Kolonialismus in der Erinnerungskultur vor Ort aufgearbeitet wird. Dazu gehören u.a. die sogenannten „Völkerschauen“ im Zoo Hannover. Wir wollen diese Leerstelle kolonialrassistischen Unrechts wissenschaftlich aufarbeiten, nach Kontinuitäten fragen und eine öffentliche Debatte anregen.
- integrative und inklusive Kulturprojekte und Kulturbildungsangebote zu fördern.
- die Kommunen bei der Schaffung von „Dritten Orten“ mit Bildungskultur und Begegnungsangeboten zu unterstützen.

- den kulturpolitischen Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Kulturszene zu verbessern.
- eine Beauftragtenstelle zur Förderung und Vitalisierung der niederdeutschen Sprache zu schaffen.



Freizeit

Die beiden Burgdorfer Freunde Hendrik, 32 Jahre, und Daryan, 34 Jahre, waren zum Wandern im Deister.

„Zugegeben, das frühe Aufstehen kurz vor Sonnenaufgang an einem Sonntag, das war schon eine Zumutung. Entschädigt hat mich allerdings der Sonnenaufgang, den wir gemütlich in der S-Bahn sitzend beobachten konnten. Ein bisschen mulmig war mir zunächst auch bei dem Gedanken, auf den Deisterkamm hoch zu wandern. War das wirklich so eine gute Idee? Wir stiegen also aus der Bahn aus und sind den Deister hoch. Das Grün in allen Schattierungen soweit das Auge reicht, die würzig-erfrischende Luft und die erholsame Stille inmitten der vielen sanften Geräusche der Natur – es war wie in einer anderen Welt. Wir wanderten den ganzen Tag. Zum Mittag kehrten wir in einem Lokal ein. In der ausgiebigen Pause sammelten wir Kraft für den Rückweg. Am Abend kehrten wir erschöpft, aber zufrieden nach Hause zurück. Beim Wandern in der Natur konnten wir wirklich einmal total vom Alltag abschalten. Ein ganzer Urlaubstag direkt vor der Haustür!“



Erholung in Bewegung

Die Region Hannover zeichnet sich durch ein großes Naherholungspotenzial aus, das von vielen Menschen gern und verantwortungsvoll genutzt wird. Vom Deister bis zum Steinhuder Meer trägt die vielfältige Landschaft maßgeblich zur Lebensqualität in der Region Hannover bei. Sie kennt keine Gemeindegrenzen. In enger Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und der Region wollen wir ein regionales Gesamtkonzept für alle lokalen Naherholungseinrichtungen schaffen. Ziel ist ein naturnahes, klimaverträgliches und umweltfreundliches Naherholungskonzept. Die Natur- und Umweltbildung für Kinder soll dabei ein besonderer Schwerpunkt werden. Mit einem nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Tourismus kann die Region Hannover in ihrer Schönheit erhalten und zugleich die Wirtschaft vielfältig gestärkt werden.



Zur Freizeit gehört für viele Menschen in der Region natürlich auch der Sport. Sport macht Spaß, fördert Gesundheit und Lebensfreude, soziales Miteinander und Lernvermögen. Sport kann sowohl in einem der über 1000 Vereine, die im Stadt- oder Regionssportbund zusammengeschlossen sind, betrieben werden als auch draußen mit dem Mountainbike, dem Hollandrad oder gar wandernd stattfinden. Wir wollen eine Region in Bewegung.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein,

- ein regionsweites, naturnahes, klimaverträgliches und umweltfreundliches Naherholungskonzept mit Naturbildungsangeboten insbesondere für Kinder zu erarbeiten.
- den nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Tourismus in der Region Hannover zu stärken.
- Spiel- und Bewegungsangebote im Freien auszubauen.
- Projekte für Vielfalt und Toleranz im Sport zu fördern.
- die eigenständige Wirtschaftlichkeit des Zoos unter besonderer Berücksichtigung des Tierschutzes und der Arterhaltung sicherzustellen.
- den Bildungsauftrag des Zoo Hannover zu Artenschutz und Klimawandel weiterzuentwickeln.
- das für die Freizeit gedachte Wander- und Radwegenetz instand zu halten und auszubauen.
- Angebote fürs Schwimmen und für den Schwimmunterricht in der Region zu unterstützen und auszubauen.



Abfallwirtschaft

Anna, 34 Jahre, arbeitet im Sekretariat einer Berufsschule. Ihr Kollege Henry kommt herein und wedelt mit einem Schreiben.

„Anna, hast du das von der Verwaltung schon gelesen? Alle regions-eigenen Schulen sollen ab jetzt Materialien beschaffen, die recycling-fähig, umweltfreundlich und schadstofffrei sind.“

„Ja, Ella aus der Verwaltung hat's mir erzählt. Sie gab mir eine Liste mit zertifizierten Produkten. Die sind gar nicht so teuer.“

„Aber wie stellen die sich das vor? Kaputte Stühle beispielsweise sollen zurückgegeben werden und nicht mehr in den Sperrmüll?“

„Hier siehst du, was du alles an Ersatzteilen bekommst. Und wenn wirklich mal ein Möbel oder eine Lampe nicht mehr zu reparieren ist – wer kann das Material besser wiederverwenden als der Hersteller selbst?“

„Ist das nicht übertrieben? Am Ende soll alles recycelt werden.“

„Nein, solange wir Materialien im Umlauf lassen, also wiederverwenden, haben wir mehr davon, anstatt sie zu verbrennen oder auf einer Deponie zu lagern.

Schau hier, der Kugelschreiber wird klimaneutral produziert und ist recycelt. Im Kleinen wie im Großen können wir so zum Schutz der Umwelt beitragen.“



Ressourcensparen ist Abfall vermeiden

Kreislaufwirtschaft ist ein zentrales Handlungsfeld des Klimaschutzes. Die Rohstoffe unserer Erde werden immer knapper, die Müllberge immer größer. Wir müssen lernen, die Rohstoffe, die uns zur Verfügung stehen, sparsamer und nachhaltiger zu nutzen. Sparsamer bedeutet, Produkte so herzustellen, dass sie als organische Nährstoffe in die biologischen Kreisläufe der Natur zurückgeführt werden können. Nachhaltiger bedeutet, die Produkte werden so konstruiert und produziert, dass sie immer wieder verwendet werden können. Sie müssen dann nicht am Ende ihrer Nutzung auf dem Müllplatz entsorgt werden.



Die Bedeutung von „weniger ist mehr“ findet im ressourcenschonenden Handeln neue Bedeutung. Die Zukunft der Dinge liegt im Nutzen, im Teilen und Wiederverwerten statt im Besitzen.



Wir GRÜNE setzen uns dafür ein,

- Projekte zu unterstützen, die nachweislich Recycling- und/oder Up-cyclingprodukte sowie Cradle to Cradle zertifizierte Produkte nutzen.
- alle Abfälle in der gesamten Region so schnell wie möglich auf Tonnenabfuhr umzustellen und Biotonne statt Plastiksack für Biomüll im Umland zu ermöglichen.
- Plastikmüll zu vermeiden.
- Unterflurbehälter zu prüfen, die zur zentralen Müllsammlung dienen und nur nach Bedarf geleert werden.
- Wiederverwertung durch ein neues Wertstoffhofkonzept zu verbessern, um die Wiederverwendung von entsprechenden Komponenten beim Elektroschrott zu ermöglichen.
- den Stoffkreislauf bei der Sperrmüllabholung zu verbessern.
- durch innovative Lösungen und eine bessere Aufklärung bei Verbraucher*innen und Hersteller*innen die Restabfallmenge pro Kopf um mindestens ein Drittel zu reduzieren.
- Hannoversche Abfalltage zur Information und Aufklärung einzuführen.
- Abfall durch eine engere Zusammenarbeit mit Wohnungsbau-genossenschaften zu vermeiden.
- durch engere Kooperation mit dem Einzelhandel Abfallvermeidung und Vermeidung von Verpackungsmüll zu initiieren.
- die Produktion und den Vertrieb des Kompostes zu intensivieren, insbesondere mit Blick auf die regionale Vermarktung.
- bei der Deponienachsorge Zusatznutzungen im Sinne des Klimaschutzes, z.B. Solarpanels, proaktiv einzuleiten.



Impressum

Das Wahlprogramm wurde auf
der Mitgliederversammlung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Regionsverband Hannover
am 5. Juni 2021 beschlossen.

Herausgeber*in:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Regionsverband Hannover
Senior-Blumberg-Gang 1
30159 Hannover

region@gruene-hannover.de
regionsverband-gruene-hannover.de

V.I.S.d.P.:

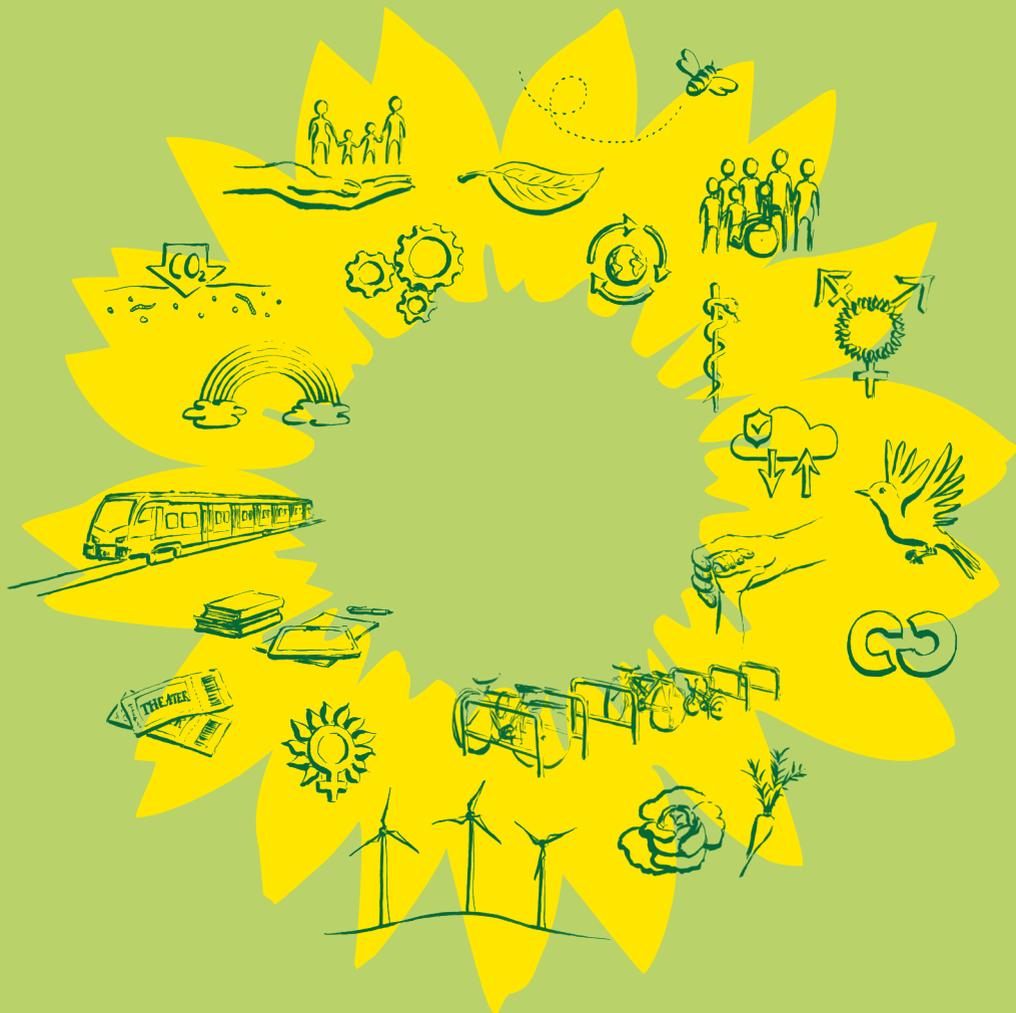
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Elke Wohlfarth

Illustration und Layout:

Sibylle Dorr
www.sibylledorr.com

Druck:

dieUmweltDruckerei GmbH
www.dieumweltdruckerei.de
Klimaneutral gedruckt
auf 100 % Recyclingpapier



BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

REGIONSVERBAND HANNOVER



Kontakt:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Regionsverband Hannover
Senior-Blumberg-Gang 1
30159 Hannover

0511-3008866

region@gruene-hannover.de

www.regionsverband-gruene-hannover.de